

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementpreis beträgt bei voller Zustellung im Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postsendung ohne Zustellung monatlich 3,- Mk. bei Zustellung unter Streifenband 2,- Mk. Die „Freiheit“ ist in den ersten Lieferungen der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag.

Je nach den Bedürfnissen der Abonnenten oder deren Raum 1,20 Mk. Wertungsgeld das entsprechende Wert 80 Pf. jedes weitere Wort 25 Pf. Kreuzungszahlung 50 Proz. Familien- und Vereinstarifen sind bei der Bestellung festzusetzen. Je nach den Voraussetzungen der Expedition sind die Expeditionsaufgaben festzusetzen. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Preis: 10 Pf. Druckerei: Amt Norden 2893 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Nach fünf Jahren!

Die Gesamtkosten des Weltkrieges.

H. N. Gaag, 31. Juli.

Aus Paris wird gemeldet: Das „Echo de Paris“ berichtet, daß Finanzminister Klotz in der Friedenskommission der französischen Kammer erklärt hat, daß die gesamten Ausgaben für den Krieg 1005 Milliarden Franken betragen haben. Davon entfallen 700 Milliarden auf die Alliierten und 305 Milliarden auf die Centralmächte.

Die answärtige Lage Ungarns.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Budapest, 30. Juli.

In der heutigen Sitzung des Sowjets äußerte sich Volkskommissar Julius Alpári im Namen des am Erscheinen verhinderten Volkskommissars Bela Kun über die auswärtige politische Lage. Er sagte:

Die Entente verfuhr seit dem 21. März und mit den verschiedenen Mitteln niederzuringen; durch die Unterstützung der Regierungen und durch die Aufrechterhaltung der Blockade. Die Stellen, von denen diese Unterstüßungen andgehen, sind die Unternehmungen in den verschiedenen Ländern, insbesondere in Italien. Die Entente sucht seit April auch ihre Basillienstaaten in unserer Nachbarschaft dazu zu zwingen, gegen uns Krieg zu führen. Die Entente selbst mag aber keinen Soldaten gegen uns zu schicken, weil sie fürchtet, daß sich ihre eigenen Waffen gegen sie selbst kehren könnten. Wir werden weder vor den Wehrungen der Entente noch vor ihren Drohungen, noch aber vor ihrer Blockade kapitulieren. Wir haben die feste Hoffnung, daß die Entente mächtig nicht am Ruder halten werden, daß nicht nur in Ungarn, sondern auch in den Entente-Ländern sehr bald die Zeit kommen wird, wo die Macht von unten die Macht von oben sein wird. Diese Hoffnung gründet sich auf der neuen Rechnung, daß dieser Krieg unbedingt zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen muß.

In den Siegerländern macht sich sehr große Unzufriedenheit bemerkbar, die nicht einräumt werden kann. Die Länder sind fortwährend von Streiks und Unruhen besetzt. Die Entente verfuhr seit dem 21. März und mit den verschiedenen Mitteln niederzuringen; durch die Unterstützung der Regierungen und durch die Aufrechterhaltung der Blockade. Die Stellen, von denen diese Unterstüßungen andgehen, sind die Unternehmungen in den verschiedenen Ländern, insbesondere in Italien. Die Entente sucht seit April auch ihre Basillienstaaten in unserer Nachbarschaft dazu zu zwingen, gegen uns Krieg zu führen. Die Entente selbst mag aber keinen Soldaten gegen uns zu schicken, weil sie fürchtet, daß sich ihre eigenen Waffen gegen sie selbst kehren könnten. Wir werden weder vor den Wehrungen der Entente noch vor ihren Drohungen, noch aber vor ihrer Blockade kapitulieren. Wir haben die feste Hoffnung, daß die Entente mächtig nicht am Ruder halten werden, daß nicht nur in Ungarn, sondern auch in den Entente-Ländern sehr bald die Zeit kommen wird, wo die Macht von unten die Macht von oben sein wird. Diese Hoffnung gründet sich auf der neuen Rechnung, daß dieser Krieg unbedingt zum Zusammenbruch des Kapitalismus führen muß.

Internationaler Gewerkschaftskongress.

H. N. Gaag, 31. Juli.

In der Versammlung des Internationalen Gewerkschaftskongresses wurden die Ziele der Gewerkschafts-Internationalen folgendermaßen festgesetzt:

1. Die Internationale wünscht die Interessen und Befreiungen der ausgetretenen Organisationen auf nationalem und internationalem Gebiet zu fördern; 2. wünscht sie die Förderung der Bewegung international und national auch in den nicht zumutenden Ländern; 3. die Förderung einer gemeinsamen Aktion bezüglich aller Fragen, welche die gemeinschaftlichen Interessen der Arbeiter betreffen; 4. Fortbringen von internationalen Streikaktionen; 5. Zusammenbringen von Arbeitern zur Förderung dieser Ziele und anderer nachstehender Interessen.
- Es wurde beschlossen, die Führung der Gewerkschafts-Internationalen international und einem ständigen Bureau, einem Vollkongress und dem Kongress beizugeben zu lassen. Der Kongress soll alle zwei Jahre zusammenkommen. Im ständigen Bureau sollen Sekretäre folgender

Gruppen sitzen: je ein Abgeordneter von jeder Gruppe: 1. Vereinigte Staaten, Zentral- und Südamerika, 2. England und seine Kolonien, 3. Belgien, Frankreich und Luxemburg, 4. Italien, Spanien und Portugal, 5. Deutschland, Österreich und die Schweiz, 6. Rußland und die baltischen Gebiete, 7. Dänemark, Polen, Jugoslawien und der Balkan, 8. Skandinavien, Finnland und Holland. Der spanische Vertreter wünschte für sein Land eine andere Regelung und zwar, daß sein Land mit Südamerika eine Gruppe bilden soll, weil auch in Südamerika die spanische Sprache gesprochen wird. In der jetzigen Gruppierung würde Spanien, das mit Italien und Portugal zusammengefaßt ist, Sprachschwierigkeiten haben. Comperd bezeichnete diesen Vorschlag als unpraktisch. Es wurde nicht beabsichtigt sein, Gruppen zusammenzustellen, die eine Sprachbarriere bilden, sondern es gibt andere Gründe, die in dieser Hinsicht größere Wichtigkeit haben. Der Antrag des Ausschusses wurde angenommen.

Amsterdam, 31. Juli.

Schuerch (Schweiz) stellte den Antrag, daß den ersten 200 000 Mitgliedern oder einem Teil dieser Mitgliederzahl einer Gewerkschaftszentrale auf dem Kongress eine Stimme zugesagt werden soll. Eine zweite dann für die zweite Viertelzahl, eine dritte Stimme für jede weitere Zahl von Mitgliedern bis zu einer Million und eine weitere Stimme für jede weitere Million Mitglieder, da sonst die kleinen Nationen mit Rücksicht von den großen überstimmt werden könnten. Tabin (Amerika) erklärte, daß die amerikanischen Delegierten und wohl auch die englischen sich dem Schweizerischen Vorschlag nicht anschließen könnten. Die Annahme des Schweizerischen Antrages würde zur Folge haben, daß die amerikanischen Gewerkschaften dem internationalen Gewerkschaftsbund nicht beitreten. Joubert (Frankreich) bemerkte, daß die Diskussion nicht von dem Geiste beherrscht werde, den dem ein internationaler Kongress beizubringen sein müßte. Jeder trete für seine Sonderinteressen ein. Er sei der Ansicht, daß bei der Zustimmung von Stimmen nicht allein die Anzahl der vertretenen Mitglieder maßgebend sein könnten, daß ein kleines Land verhältnismäßig eine stärkere Gewerkschaftsbewegung haben könne als ein großes, aber in dieser Frage dürften die kleinen Nationen nicht in Betracht kommen und man müsse eine Lösung finden, die vor allem in dieser Hinsicht zufriedenstellend sei. Der Vorsitzende empfahl die Annahme des Schweizerischen Antrages. Er appellierte an alle Delegierten, mitzuwirken, um ein Kompromiß zu finden. Den Tillet (England) erklärte sich gegen den Schweizerischen Antrag. Comper (Amerika) erklärte, er könne nicht mit einer Methode sich zufrieden geben, die zu der amerikanischen in vollkommenem Gegensatz stehe. Man müsse die Methode annehmen, die die Regeln fordere, und dürfe nicht in die früheren Fehler zurückfallen. Er ersuchte den Kongress, es der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung möglich zu machen, mit den übrigen zusammenzuarbeiten und ihr zu helfen, wo die Gelegenheit sich dazu bietet. Der Vorsitzende hat die Sitzung bis 3 Uhr nachmittags zu unterbrechen, indem er hinzufügte, diese Frage dürfe nicht dazu führen, daß die amerikanischen und englischen Abgeordneten den Kongress verlassen. Er wolle die Pause dazu auszunutzen, um im Verein mit verschiedenen Abgeordneten zu einer Uebereinstimmung in dieser Frage zu gelangen.

Die Kommission beantragte, daß die gewerkschaftliche Seite jedes Landes für je 250 000 Mitglieder oder einen Bruchteil in dem Internationalen Gewerkschaftsbund eine Stimme haben soll.

Internationale Sozialistenkonferenz.

Bern, 31. Juli.

Die Internationale Sozialistenkonferenz in Luzern beginnt am Sonnabend vormittag in Anwesenheit der Presse ihre Arbeiten.

Eine Erklärung des Aunius Pacelli.

Berlin, 31. Juli.

Vom Aunius Erzbischof Pacelli geht W. A. B. aus Korbach folgende Erklärung zu: Man hat behauptet, daß der frühere Abgeordnete, Herr Erzbischof, die Antwort des ehemaligen Reichslanzlers Dr. Michaelis vom 21. September 1917 betreffend Belgien durch den Münchener Aunius erfahren habe. Der Aunius dementiert dies auf das Entschiedenste. Er hat Erzbischof weder von dem Inhalt seines Schreibens vom 30. August 1917 an Michaelis noch von dem der oben erwähnten Antwort in Kenntnis gesetzt.

1914 — 1919.

1. August 1914. Nachmittags 5 Uhr 15 meldet das Moskische Telegraphenbureau: Der Kaiser hat die Mobilmachung der gesamten deutschen Streitkräfte angeordnet. Etwa um dieselbe Stunde überreichte der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtales, dem russischen Minister des Auswärtigen eine Note, die mit den Worten schließt: „Seine Majestät der Kaiser, mein erhabener Souverän, im Namen des Reiches, nimmt die Herausforderung an und erklärt sich im Kriegszustand mit Rußland.“

Fürstlich gestimmte Menschenmassen bewegten sich über die Straßen von Berlin. „Sei dir im Siegertranz.“ „Es braust ein Ruf wie Donnerhall.“ Vom Schloßbalkon verflucht Wilhelm II.: „In dem jetzt bevorstehenden Kampfe kenne ich in meinem Volke keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche, und welche von den Parteien auch im Laufe des Meinungskampfes sich gegen mich gewendet haben sollten, ich verzeihe ihnen alles.“

Vom Fenster des Reichskanzlerpalais aus spricht Bethmann Hollweg: „Für den Kaiser lassen wir Gut und Blut. Der Kaiser ist genötigt gewesen, die Söhne des Volkes zu den Waffen zu rufen. Wenn uns jetzt der Krieg befrieden sein sollte, so weiß ich, daß alle jungen deutschen Männer bereit sind, ihr Blut zu versprechen für den Ruhm und die Größe Deutschlands.“

Eine Anzahl sozialdemokratischer Provinzialblätter veröffentlichten einen Artikel von Friedrich Stampfer: „Unsere Vertreter im Reichstag haben unzählige Mal übereinstimmend erklärt, daß die Sozialdemokraten ihr Land im Augenblick der Gefahr nicht im Stich lassen könnten, wenn die verhängnisvolle Stunde käme, werden die Arbeiter das Wort einlösen, daß von ihren Vertretern hierfür abgegeben worden ist. Die vaterlandskosen Gesellen werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertraffen lassen.“

1. August 1919. Zum ersten Mal nach Beendigung des Krieges kehren die verhängnisvollen Tage wieder. Deutschland ist besetzt. Es blutet aus tausend Wunden. Es windet sich in schmerzlichen Zuckungen.

Der Kaiser, der großmütig der Sozialdemokratie verzeihen wollte, ist von den revolutionären Proletariern samt seinem Thron abgeworfen worden.

Bethmann Hollweg sitzt in Hohenfinow und ist bemüht, in seinen Memoiren die Politik von 1914 zu rechtfertigen.

Die da Schwören, Gut und Blut für den Kaiser hinzugeben, bemühen sich, ihren im Krieg gewaltig vermehrten Reichtum vor den Ansprüchen des Staates in Sicherheit zu bringen.

Berlin sieht keine jubelnde Menge. Aber Tausende von Krüppeln bevölkern Mittel- und Hinterhöfe besuchend die Straßen. Das Heer der Arbeitslosen ist enorm.

Die rechtssozialistische Presse ist nicht mehr gern an die Haltung erinnert, die sie vor fünf Jahren eingenommen hat. Alle Welt steht unter dem Eindruck der Enthüllungen über die verbrecherische Politik der Kriegsparteien im Jahre 1917.

Ein gewaltiger Umsturz! Aber leider noch nicht jene innere Einkehr und Umkehr, die das Kommen eines neuen und besseren Deutschlands ahnen ließe!

Der zusammengedrohtene Militarismus ist in anderer Form wieder aufgelegt. An die Stelle der wilhelminischen Armee sind die Garden des Sozialdemokratischen Regimes getreten, in denen der alte Geist lebt. Sie suchen die erlittene Niederlage durch ein um so rücksichtsloseres und brutaleres Vorgehen gegen die Träger des revolutionären Gedankens wett zu machen.

Und die, deren Krevellaten in den Jahren von 1914 bis 1918 Not und Elend über das deutsche Volk gebracht haben, stehen bereit und warten auf den günstigen Augenblick, um sich der Bügel auf neue zu bemächtigen.

Sie finden ihre beste Stütze bei jener großen Menge, die sich nach wie vor leidenschaftlich gegen die Wahrheit sträubt. Die heute noch immer an dem naiven Wahn festhält, daß das unglückselige Deutschland vor fünf Jahren heimtückisch überfallen worden sei, oder die, wenn bessere Erkenntnis ihr aufzukommern begonnen hat, mit dem Sozialdemokraten Adolf Braun von den „ollen Kamellen“ des Sommers 1914 nichts wissen will.

Um das Uebel an der Wurzel anzufassen, muß deshalb immer wieder auf den Ursprung des Krieges zurückgegriffen werden. Solange die Ueberzeugung von der deutschen Schuld nicht Gemeingut des deutschen Volkes geworden ist, solange lebt eine der wesentlichsten Voraussetzungen einer besseren Zukunft.

Zweierlei zu verstehen ist notwendig. Erstens, daß der internationale Kapitalismus ständige Kriegsgefahren in sich barg, zweitens aber, daß die Machthaber Deutschlands und Oesterreich-Ungarns diesen Weltkrieg reits leichtfertig, teils mit vollem Bewußtsein entzündet haben.

Der russische und der österreichisch-ungarische Imperialismus stritten um die Hegemonie auf der Balkanhalbinsel. Der Nord von Serajewo gab der Wiener Regierung die erwünschte Gelegenheit zu einem neuen Versuch, Serbien in Abhängigkeit von der Donaumonarchie zu bringen und damit ihre Stellung auf der südosteuropäischen Halbinsel gewaltig zu stärken. Daß Rußland dem Spiel nicht untätig zusehen werde, war klar, aber man wagte es trotzdem, geführt auf den Weisheit des Deutschen Reiches.

Ein Ultimatum wurde überreicht, das nicht angenommen werden konnte und deshalb den Krieg bedeutete. Die Berliner Regierung hatte amtlich keine Kenntnis von seinem Inhalt, wollte sie nicht haben, aber sie billigte die Note unbesehen, von der der Unterstaatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes sagte, sie sei mit Absicht so überpfeffert worden, daß Serbien sie nicht schlucken könne. Sie wollte das Prestige des Verbündeten vermehren helfen.

Sie ließ selbst auf die Gefahr des Krieges mit Rußland hin die Dinge treiben und lebte unter dem Hinweis, daß es sich hier um eine Angelegenheit handele, die zwischen Oesterreich und Serbien allein auszumachen sei, jeden Vorschlag einer europäischen Vermittlung ab. Bis zum 28. Juli weigerte sie sich, in Wien zur Mäßigkeit zu mahnen.

Als dann Bethmann Hollweg sich endlich zu ernsthaften Ratschlägen entschloß, leistete Wien keine Folge, weil es Grund zu der Annahme hatte, daß das Eingreifen Deutschlands nicht ernst gemeint sei. Erst zwei Tage später willigte es unter verstärktem Druck in Verhandlungen mit Rußland ein.

Inzwischen hatte Oesterreich den Serben den Krieg erklärt, Belgrad bombardiert und Teile des serbischen Landes besetzt. Rußland, das am 28. Juli einen Teil seiner Armee mobilisiert hat, beschloß am 29. die Vollmobilisation, die am 30. proklamiert wird, nachdem der Zar auf sein Telegramm an Wilhelm II., die österreichisch-serbische Angelegenheit möge dem Saager Schiedsgericht überwiesen werden, keine Antwort erhalten hat.

Obwohl Nikolai II. seinem lieben Vetter und Freund in Berlin ausdrücklich versichert, daß seine Armee keine feindlichen Absichten gegen Deutschland verfolge, läßt Bethmann am 31. in Petersburg ein Ultimatum überreichen, in dem die Demobilisation nicht nur an der deutschen, sondern auch an der österreichisch-ungarischen Grenze verlangt wird, und obwohl unterdessen die Verhandlungen zwischen Petersburg und Wien begonnen haben und die russische Regierung Oesterreich-Ungarn das Recht zugestimmt, die von ihm okkupierten Teile des serbischen Gebiets einstweilen als Pufferzone zu behalten, erklärt Deutschland am Abend des 1. August den Krieg.

Noch heute redet man sich darauf hinaus, daß die Mobilisation eben der Krieg gewesen sei. Das ist eine Lüge. 1909 und 1912 hatte Oesterreich mobilisiert, ohne daß es zum Krieg gekommen wäre. Guter Wille hätte auch jetzt noch das Äußerste abwenden können. Zusammenstöße an der Grenze waren zu vermeiden, wenn man sich auf die Mahnung einigte, die Frankreich tatsächlich ergriff, indem es durch strikte Befehle seine mobilisierte Truppen zehn Kilometer von der Grenze entfernt hielt.

Aber die, die zuerst leichtfertig mit dem Gedanken des Krieges spielend hatten, waren in Raserei geraten. Jetzt wollten sie den Krieg mit bewusster Absicht.

Der Kriegserklärung an Rußland folgte der Zusammenstoß mit Frankreich. Deutschland hatte von der französischen Regierung nicht nur die Neutralität gefordert, sondern

verlangt als Garantie die Herausgabe der Festungen Loul und Verdun. Auch hier also der zweifelhafte Kriegswille. Als Frankreich auf das deutsche Ansuchen nicht einging, wurde ihm der Krieg mit der absolut richtigen Begründung erklärt, daß französische Streitkräfte deutsches Gebiet verlegt hätten.

Eine Niedertracht löste die andere ab. An die Deutsche gegenüber Rußland und Frankreich schloß sich die Verletzung der belgischen Neutralität, die den Krieg mit England nach sich zog. Die böse Tat gebor fortgehendes Böses. Die Welt trat gegen Deutschland in Waffen. Das Unglück des Volkes ist die Folge der Verbrechen seiner Regierungen.

Das Volk kann sich aus seinem Unglück nur befreien, wenn es seinen Ursprung begreift. Rettung bringt allein der vollständige Bruch mit den Mächten der Vergangenheit, gepaart mit der Einsicht, daß deren verhängnisvolle Politik sich nur aufbauen konnte auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der Wille zum internationalen Sozialismus muß Hand in Hand gehen mit dem Verdammungsartikel gegen Wilhelm II. und Bethmann, gegen Emdendorff und Tappay und alle ihre Handlanger und Trabanten.

Ein angenehmer Typus.

Wir finden, daß dieser Helfferich in letzter Zeit etwas viel von sich reden macht. Herr Erzbürger mag sein, wer er will, und wir sind die letzten, die ihn zu verteidigen haben, aber Helfferich als Aufklärer — das geht nicht.

Helfferich tut heute so, als würde er die wahren nationalen Interessen vertreten. Da muß gelogt werden, daß dieser Mann nie andere als rein materielle Interessen, noch deutscher, Geldinteressen, gekannt hat. Helfferich ist nicht unbegabt. Er war Privatdozent und hatte Aussicht auf eine ziemlich rasche wissenschaftliche Karriere, da seine materiellen Interessen ihn auch theoretisch befruchtigten und er ein für die deutsche Durchschnitts-Nationalökonomie ganz akzeptables Buch über Geld zusammengestellt hat. Helfferich war außerdem Staatsbeamter, sein Lebensunterhalt war also genügend gesichert. Das genügt dem Manne nicht. Er verließ sowohl den Dienst der Wissenschaft, als den Dienst des Staates, und benutzte seine Beziehungen als Beamter, um zur Deutschen Bank zu gehen und Geld zu machen. Seine privaten Geldinteressen standen ihm eben höher als seine wissenschaftlichen und als seine Arbeiten im Dienst der Allgemeinheit.

Das war bekannt und das genügt zur Charakteristik dieses Menschen, der bald Direktor der Deutschen Bank wurde und nachher Direktor der anatolischen Eisenbahnen, wo er jene Bagdadbahnpolitik betrieb, die das Rückgrat der deutschen imperialistischen Politik der letzten Zeit gebildet, und in akuten Gegensatz zu England gebracht hatte und damit eine der Ursachen dieses Krieges geworden ist. Als der Krieg des Imperialismus ausgebrochen war, wurde Helfferich als Exponent des imperialistischen Finanzkapitals Finanzminister und Vizekanzler. Welche Rolle er da gespielt hat, weiß man. Er war der rücksichtslose Vertreter der annexionsistischen Raubinteressen und einer der Hauptschuldigen der Kriegsverlängerung.

Jetzt erzählt man aber noch einiges aus den Anfängen des Mannes. Das „Berliner Tageblatt“ erzählt: Herr Helfferich hat die Beziehungen Erzbürgers zum Thesen-Kongress zum Anlaß von Angriffen genommen. Bei dieser Gelegenheit dürfte folgender Fall vielleicht nicht ganz uninteressant sein: In der Kera Stübel verhandelte ein Vertreter des Kolonialamtes mit dem Kongress der Deutschen Bank wegen Verleihung des Rentenrechts an die Deutsch-Ostafrikanische Bank, einer Tochtergesellschaft der Deutschen Bank. Es kam zu einer Konzeption, die das Unglaubliche darstellte, was an Konzeptionen je gewährt worden ist. Die Bank erhielt das Recht, unbeschränkt Noten auszugeben, ohne Abgaben oder Garantien dem Reiche zu leisten. Der Vertrag mußte späterhin mit hohen Kosten von der Gesellschaft durch das Reich abgelöst werden. Der

Beamt, der diesen Vertrag abgeschlossen hatte, blieb bald an und ging in eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank. Einige Zeit darauf wurde er dann als Direktor der Deutschen Bank auf. Kaiserlich bekannt nicht der geringsten Zusammenhang zwischen den Verhandlungen mit der Deutschen Bank und der neuen Stellung. Immerhin wurde damals der Vorgesetzene des Beamten mit Recht sehr scharf kritisiert, und in der Affäre des Kolonialamtes mußten hierüber Vermerke zu Protokoll sein. Denn der Kolonialbeamte hieß: Privatdozent Dr. Carl Helfferich.

Daß Helfferich stets nur ein skrupelloser Vertreter rein kapitalistischer Interessen gewesen ist, das hat man schon früher gewußt. Doch er, damals, als er es noch notwendig hatte, auch im eigentlichen Sinne des Wortes korrupt war, das ist immerhin neu, wenn auch nicht überraschendes Detail. Für die Öffentlichkeit ist der Mann wohl für so lange erledigt, bis der Zeitpunkt kommt, wo das deutsche Volk endlich dafür sorgt, daß seine Verberber zur Rechenschaft gezogen werden.

Das Ende der Verfassungsberatung.

Weimar, 31. Juli 1914.

In den heutigen Sitzungen der Nationalversammlung wurde die Beratung der Verfassung weitergeführt. Die Demokraten, die noch in der zweiten Lesung mit aller Macht gegen das ursprüngliche Kompromißangebot hatten, haben sich nunmehr auf ein nicht minder schmachvolles Kompromiß eingelassen, das sich grundsätzlich von dem ersten nicht unterscheidet. Der Gegenwert, der ihnen geboten wurde, sind drei Ministerposten. Um dieser Ministerstellen wegen sind die Demokraten ebenso bereit, die Schale der Kirche auszuliefern, wie es die Rechtssozialisten schon getan haben, und ihre Sprecher, die bei der zweiten Beratung grundsätzlich harte Reden gegen das erste Kompromiß gehalten haben, bemühten sich bei der dritten Lesung das nicht minder schmachvolle Kompromiß eifrig zu verteidigen. Demokratische Grundzüge!

Bei der Beratung des Abschnittes über das Wirtschaftsleben kam es zu einer ausgeglicheneren Debatte über folgenden Antrag der Rechtssozialisten:

„Alle Bodenschätze und alle wirtschaftlich nutzbaren Naturkräfte sind im Gemeineigentum zu überführen. Private Regale und Konzessionen sind auf den Staat zu übertragen. Das Nähere bestimmt die Verfassung.“

Während der Abgeordnete Sue eine Rede hielt, die offenbar von dem Bestreben getragen war, Eindruck auf die Versammler zu machen, bei denen Herr Sue sich um jeden Einfluß gebracht hat, sprach sich der Demokrat Coblenz mit großer Schärfe gegen alle Maßnahmen aus, die auch nur entfernt den Verzicht einer Sozialisierung aufkommen lassen. In der Konsequenz dieses Programms gegen den Sozialismus stimmten die Demokraten gegen den Antrag der mit 170 gegen 152 Stimmen abgelehnt wurde.

Die Zustimmung für diese Abstimmung erteilte Genosse Köhnen, als er in kurzen, aber wichtigen Ausführungen das wahre Wesen des Art. 162 über die Vertriebsrechte auseinandersetzt, das darin besteht, den Kapitalismus zu verantern und zu verweigern. Genosse Köhnen stellte die klare, unerschütterliche Forderung des Rätesystems auf, und zeigte die Kräfte, die sich jetzt in der Arbeiterkassen organisieren, um das Rätesystem zur Durchführung zu bringen. Die bürgerliche Meute heulte auf, als er sie und ihre Politik angeheulte, und die Rechtssozialisten unterstützten die Vertreter des Kapitalismus. Der Präsident Behrendt verpackte seine präsidiale Würde so weit, daß er dem Genossen Köhnen in ironischer Weise sich zu sagen unterstand, daß er hier seine kommunisistische Sprache zu halten habe. Die Genossen Coblenz und Geyer wiesen diese präsidiale Ueberschreitung zurück und kennzeichneten sie treffend als ein Stück Despotie.

Und auch die deutschen Arbeiter würden sich, wenn ihnen wirklich der Robismachungsbeizel in die Stube kletterte, der weltgeschichtlichen Bedeutung des Augenblicks bewußt sein. Mit Nord und Brand ist die Götterdämmerung der bürgerlichen Gesellschaft da!“

(„Vorwärts“, 28. Juli 1914.)

Der Kriegsprotest des Proletariats.

Die Kriegsheber sollen wissen, daß, wenn der Krieg ausbricht mit allen seinen Leiden und Greueln, die durch ihn verursachten politischen und wirtschaftlichen Krisen mit unerbittlicher Logik dahin führen, die durch den Imperialismus verblendeten Volksschichten aufzureißen und der Sozialdemokratie in die Arme zu führen, die Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Sozialismus möglich zu beschleunigen. Trotzdem steht das Proletariat im Namen der Menschlichkeit und Kultur seinen Friedenswillen mit Beibehaltung aller Kriegsheber entgegen.

Ebenso wie das Proletariat der übrigen beteiligten Länder verlangen auch wir mit aller Entschiedenheit, daß sich unsere Regierung nicht nur jeder kriegerischen Einmischung enthalte, sondern alles tut, um die Kriegsurie zu bannen, und zu diesem Zweck gemeinschaftlich mit den anderen Regierungen sofort Schritte zu tun, daß der verderbenschwangeren Konflikt schnelligst beilegt wird.

Nieder mit allen Kriegsheberien! Hoch die internationale Arbeiterbewegung!

Resolution der sozialdemokratischen Massenversammlungen in Berlin am 28. Juli 1914.

Vor der Katastrophe.

Die furchtbare politische Krise hat sich derzeit verschärft, doch schon die nächsten Stunden den Krieg bringen können. Einen Krieg, wie ihn die Weltgeschichte in ihren gigantischen Zusammenstößen noch nicht gesehen hat. Einen Krieg, der ganz Europa in ein einziges Schlachtfeld, ein riesenlanger Toben wandeln muß. Einen Krieg, der für Millionen Tote und Verwundete und für Hunderte von Millionen Arbeitslosigkeit, Hunger, Krankheiten und Elend bringen wird... Einen Krieg, der nicht nur zu Lande und zu Wasser geführt werden wird, sondern der auch

Dokumente zum Kriegsausbruch.

Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 25. Juli 1914.

„Noch dampfen die Acker auf dem Vulkan von dem Blute der nach Tausenden Dingemodeten, noch rauchen die Trümmer der zerstörten Städte, verhäufelter Dörfer, noch irren hungernde arbeitlose Männer, verarmte Frauen und verwaiste Kinder durchs Land, und schon wieder schaut sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen. Verurteilen wir auch das Treiben der großserbischen Nationalisten, so fordert doch die fribole Kriegspropaganda der österreichisch-ungarischen Regierung den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren.“

Das Massenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur klammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegsheber. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübt und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Zustimmung enthalte. Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtwort der österreichischen Gewaltthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden...“

Der Aufruf zum Weltkrieg.

„Was man bis zur letzten Stunde für unmöglich gehalten, ist nun zur Tatsache geworden. Die österreichische Regierung hat durch ihren Befehl in Belgrad die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abbrechen lassen, weil die serbische Regierung eine ungenügende Antwort auf die österreichisch-ungarische Note gegeben hat. Das bedeutet nach allen Formen des Völkerrechts die Kriegserklärung.“

Die eisernen Wästel sollen nun rollen! Die Kriegsbelle soll zum Rollen! Wo der Rauch enden wird, weiß einweilen kein Mensch...“

Hüt das deutsche und für das internationale Proletariat liegen die Verhältnisse völlig klar. Es hat auch in diesem Augenblick, wo auch denn das Schicksallos fällt, keinerlei Ursache, die Hände in den Schoß zu legen. Es hat sich vielmehr über Monarchen, die sich aus der jetzigen Lage erheben, völlig bewußt zu sein. Wenn es jeder deutschen Arbeiterklasse mit der Absicht ernst gewesen ist, den Völkervertrieben zu erhalten und bedrohliche internationale Konflikte zu verhüten, so hat sie jetzt auf dem Vulkan zu sein.“

(„Vorwärts“, 28. Juli 1914.)

Das Unabmiltche.

„... Um nichts weniger handelt es sich, als um die Verwüstung des ganzen Festlandes, um die Vertilgung aller Zivilisation, um die barbarische Zerstampfung alles dessen, was seit Jahrzehnten ewig schaffende Arbeit an Kulturwerten aufgedauert hat. Der menschliche Geist kämpft gegen die Vorstellung solch sinnloser Verwüstung ebenso wie gegen den Gedanken, Deutschland hineingerissen zu werden in die Strudel des Weltkrieges. Und doch trennt uns nur eine dünne Wand von feindlichen gierigen Mägen...“

Und wofür? Ja, wofür? Die Sterbenden werden es mit bleidem Mund fragen, die der Fagel der Wahnsinnsgeißel reihenweise niedergebretet hat den wehrlosen Müttern, Frauen und Bräuten wird die Frage auf die Lippen treten, denen der Nord aus Wägen den Schuß, den Gräber, den Welchen dahingepostet hat. Wofür? Für ein noch so geringes Interesse des deutschen Volkes? Bewahrt! Weil die A. A. Machthaber in Wien sich durch eine halb brutale, halb lächerliche Politik innerhalb wie außerhalb ihrer Grenzen eine Serbengefahr angezogen haben, mit der sie leicht anders als durch blinde Gewalttat fertig zu werden vermögen, deshalb sollen die Väter von Deutschlands Jugend verwickelt fremdem Ader zum Dunge dienen? Ein teuflicher, ein unglücklicher Gedanke, das doch predigt ihn mit Ausnahme der paar Wägen, die nach einem halbasiatischen Staat wie Oesterreich-Ungarn das deutsche Schwert leihen wollen, die ganze deutsche Presse...“

Der tiefere Sinn aber des Unabmiltchen, das uns bedrückt, ist: Die Produktivkräfte ebeneren gegen die Produktionsverhältnisse, die kapitalistische Unordnung zwingt durch eine gewaltige Explosion ihre Formen, eine alte Welt schließt sich zum Sterben an!

Wegen Solun beantragten die Rechtssozialisten namentlich die Wahlprüfung über Artikel 164, der die monarchistische Dynastie von der Präsidentschaft ausschließt. Dieser Artikel wurde tatsächlich mit 198 gegen 141 Stimmen gestrichen. Die royalistische Initiative hat also freies Betätigungsfeld. Die Beratung der Verfassung in dritter Lesung ist damit am Ende. Nun schlägt den Rechtssozialisten das Gewissen. Die Summe der Verräterei, die sie im Laufe dieser Verfassungsberatung begangen haben, ist riesengroß. Um nun wenigstens noch außen hin das Gesicht zu wahren, lassen sie von Herrn Löbe erklären, daß sie nur mit schwersten Bedenken der Gesamtverfassung ihre Zustimmung geben können, und daß sie hoffen, daß die lebendigen Kräfte der Entwicklung stärker sein würden, als papierne Hindernisse. Über diese Verfassung ist das ureigentliche Werk der Rechtssozialisten mit. Um dieser Verfassung willen haben sie ihre parlamentarischen Kompromisse mit dem Bürgertum geschlossen. Ihr schwächlicher Protest am Ende der Verfassungsberatung ist nichts anderes als das Eingeständnis, daß sie bei diesem Kompromiß betrogen worden sind. Als betrogene Betrüger misshandeln sie sich am Ende der Verfassungsberatung selbst. Die Verfassung wird in namentlicher Abstimmung mit 202 gegen 75 Stimmen angenommen.

Die Abstimmung.

Die GesamtAbstimmung über die Verfassung erfolgte namentlich am 21. Juli in Weimar. Sie ergab die Annahme der Verfassung mit 202 gegen 75 Stimmen bei einer Stimmenthaltung. Dagegen stimmten die deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei.

Die Bankrotterklärung der Rechtssozialisten.

Der Bericht über die Erklärung der Rechtssozialisten am Schluß der Beratung lautet: Die Abgeordnete (Soz.) gibt im Auftrage seiner Partei eine Erklärung ab, wonach verschiedene Abstimmungen im letzten Beratungskomitee, unbesonders die Abstimmung über die Beratungserklärung, die Wirtschaftsräte und die Wahl der Landesherren die Erscheinung eines gegen die Sozialdemokraten stimmenden Bürgerlichen Blocks gezeigt hätten. Die erwähnten Abstimmungsergebnisse erwecken bei den Sozialdemokraten die schwersten Bedenken, gegen die Annahme der Verfassung. Sie erteilen ihre Zustimmung zu der Verfassung nur in dem Vertrauen darauf, daß die lebendige Entwicklung stärker sein wird, als die ihr entgegenstehenden papierernen Hindernisse. (Wohlfahrt der Soz., demonstrativer Beifall b. d. Rechten.)

Vierjährige Wahlperioden.

Was der Donnerstagssitzung ist noch nachzutragen, daß in der Beratung der Nationalversammlung auf fünf Jahre festgelegt, die Wahlperiode der Nationalversammlung auf vier Jahre erniedrigt wurde. Ein Antrag der Rechtssozialisten, die Legislaturperiode auf drei Jahre zu bemessen, wurde abgelehnt. Wenn damit auch die Angelegenheit einer fünfjährigen Wahlperiode aufgehoben ist, so zeigt dieser Beschluß doch die Angst der herrschenden Parteien vor einer baldigen Neuwahl. Ohne Rücksicht auf die doch zweifellos sich oft verändernde Verhältnisse werden die einmal gewählten Volksvertreter dem Volke vier Jahre lang aufgetrieben.

Beratungspause in Weimar.

In den Beratungen der Nationalversammlung wird vom Freitag abend bis zum Donnerstag der nächsten Woche eine Pause eintreten. Die Kommissionen werden jedoch am Mittwoch früh wieder zusammentreten. Es ist dann in Aussicht genommen, bis zum 20. August weiter zu tagen.

Was die Nationalversammlung kostet.

Dadurch, daß die Regierung die Nationalversammlung nach Weimar verlegte, sind dem Reich eine Menge Ausgaben entstanden. Außer Zinsen und Gehältern hat die Nationalversammlung bereits 14 Millionen Mark verschlungen. Rechnet

dazu die graufigen Vernichtungsmaschinen der Unterseeboote und den Luftkrieg neu, nie geahnte Schrecken über die heimgekehrte Kulturmenschen bringen wir...

Auch die erfahrensten Diplomaten, auch die unterrichteten militärischen Fachmänner, auch die genialsten Politiker und Strategen können nicht wissen, wie die Schicksalsschläge fallen werden, und was das europäische Chaos gebiert. Viel wahrscheinlicher ist der Triumph der einen Mächtegruppe über die andere ist ein endloses, unentschiedenes, ungeheuerliches Opfer verschlingendes Ringen, das seinem Ende anders bringt, als namenlose Verzweiflung, ein Meer von Blut und Tränen, als die Erschütterung der Massen, die dann unerbittlich die Frage aufwerfen werden: Wer trägt die Schuld?

Und die Frage wird dann nicht so leibhaftig beantwortet werden, wie jetzt in der trivialen Hochpresse unserer Kriegstreiber. Man wird, wenn aller trügerischer Zauber zerbrochen ist, und die harte Schule der Not die Sinne geklärt hat, die Frage auch zu beantworten wissen!

(Vorwärts, 31. Juli 1914.)

Verhängung des Kriegszustandes.

Am 1. August erfolgte die Verhängung des Kriegszustandes über das gesamte Reichsgebiet. Am demselben Tage ordnete der Oberbefehlshaber in den Marken für Berlin und die Provinz Brandenburg den Belagerungszustand an. Die Verhängung des Kriegszustandes wurde durch diese Verfügungen aufgehoben. Von nun ab war das freie Wort unterdrückt, die Stimme der Wahrheit konnte sich nicht mehr Bahn brechen durch die Stachelbüsche und Hindernisse der militärischen Würdenträger.

Nachschrift. Für die letzten Seiten, die über die mutigen, nonkonformistischen Weite erfüllte Sprache des „Vorwärts“ in den Julitagen 1914 im Erlaunen geraten sollten, sei daran erinnert, daß damals noch die alte, radikal-revolutionäre Redaktion im Amt war. Nachdem der Belagerungszustand ihre Tätigkeit lähmend gelähmt wurde, wurde sie im November 1918 unter dem Schutz des Belagerungszustandes vom Parteivorstand hinausgeworfen, und der „Vorwärts“ in jene Skizzenform auf ein Redaktionsblatt verbannt, die er heute darstellt.

man die Millionen Mark, die die Reichsregierung für den Krieg ansgeworfen hat, ferner die Wehrmacht für das verlorene Verloren, so dürfte es rund vier Millionen Mark ausmachen, welche dem Reich bei einer Tagung in Berlin hätten erbracht werden können. Aber was spielen für die Regierung schließlich so ein paar Millionen für eine Rolle. Bei der ungeheuren Belastung des deutschen Volkes fallen sie gar nicht ins Gewicht. — Von 15. August an sollten die Vorstellungen des Weimarer Nationalparlamentes in Berlin stattfinden.

Sie amüsierten sich.

Der Reichskommissar Dr. Frey hatte zu Mittwoch die Mitglieder des Verfassungsausschusses und Vertreter der Regierung in ein Weimarisches Hotel eingeladen, um die Verhandlung der Verfassungsberatung zu feiern. Es wurden verschiedene Reden gehalten und die Herren legalschöngeistig sich gegenseitig zu der Heiligen und treuen Arbeit, die sie geleistet hätten.

Während man so in Weimar isst und feiert, wird die Unzufriedenheit des arbeitenden Volkes über die politischen Zustände immer größer. Während die Rechtssozialisten mit den Demokraten und Sozialisten sich gefällig amüsieren, läßt man im Anstich zu Weimar eine Handvoll politischer Schutzhaftgefangener hängen.

Aber vielleicht haben die Akteure von Weimar recht, daß sie die Tage ihrer Herrschaft wahrnehmen und sich gefällig verhalten. Wer weiß, wie lange noch?

Nur eine Handvoll.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Gegen, 31. Juli 1919.

Die Erregung innerhalb der Arbeiterschaft über die Vorgänge in Weimar ist so groß, daß der Ausbruch des Streiks im sächsischen Industriegebiet nicht mehr aufzuhalten ist. Tatsächlich ist ein Teil der Arbeiter heute bereits in den Streik eingetreten.

Weimar, 31. Juli.

Herr Noth hat den Pressevertretern mitteilen lassen, daß die beiden Schutzhaftgefangenen, die den Hungerstreik durchführten, unter strenge ärztliche Kontrolle gestellt worden sind. Es würde eine Prüfung der Lage vorgenommen, ob die Schutzhaftgefangenen entlassen werden können. Mit dieser Prüfung sei Herr Seering beauftragt worden, der sich mit dem General Winter in Weimar in Verbindung setzen und nach Weimar berichten soll. Bisher ist erst eine Entlassung vorgenommen worden.

Der „Vorwärts“ setzt seine wüste Hebe gegen die Schutzhaftgefangenen und die Arbeiter, die sich mit ihnen solidarisch erklären, fort. In seiner gestrigen Abendausgabe behauptet das Blatt, daß die linksradikalen den Hungerstreik einer Handvoll politischer Schutzhaftgefangener in Weimar dazu benutzen wollen, um die deutsche Wirtschaft niederzureißen. Das Blatt sieht dann aus der Verantwortung des deutschen Volkes im Ausland den Schuldigen in der „kleinen Streikbewegung der Unabhängigen und Kommunisten“ Schuld an der Vertierung der Lebensmittel. Unabhängige und Sozialisten arbeiteten den Lebensmittelschiebern direkt in die Hände, das Schieberium erblicke in ihnen seine Bundesgenossen. Wörtlich schreibt das Blatt:

Diesen Volksräubern muß energisch auf den Leib gerückt werden. Der Regierung liegt die Verantwortung für die Existenzfähigkeit des Volkes ob. Sie muß das Volk mit starker Hand gegen alle die tolle Verwilderung und fortgesetzten Verbrechen schützen.

Die rechtssozialistische „Freie Zeitung“ hat in ihrer Donnerstagausgabe der „Vorwärts“-Redaktion nachgejagt, daß ihr geistiger Horizont ebenso unnebelhaft sei wie ihre journalistischen Kenntnisse mindervollständig seien; das Blatt hat weiter noch zu verstehen gegeben, daß das literarische Handwerkzeug des sozialdemokratischen Hauptorgans meist aus der Hosie aufgelesen sei. Wie brauchen dieser Charakteristik der „Vorwärts“-Redaktion durch seine eigenen Parteigenossen nichts hinzuzufügen, wenn nicht noch feststellen wäre, daß die Handlungsweise des „Vorwärts“ nicht nur arbeiterverräterisch, sondern geradezu gemeingefährlich ist. Wir verlangen von diesem Blatte gar nicht mehr, daß es sich an die sozialistische Firma seiner Partei und vielleicht auch daran erinnert, daß es noch eine Arbeitersolidarität gibt. Das Blatt geht aber in seiner Arbeiterfeindschaft sogar noch weiter als die bürgerliche Presse. Der „Vorwärts“ macht die Regierung kbar, daß sie mit starker Hand gegen die Hungerstreikenden und außerdem gegen alle Arbeiter vorgehe, die sich mit den Schutzhaftgefangenen solidarisch erklären. Es hat allerdings zwei Tage lang zu der Schande von Weimar nichts zu sagen gewagt, weil es noch keine Weisungen von der Regierung und von den Regierungswählern bekommen hatte. Nun aber legt er fröhlich los und drückt eine Wiedlung der „F. Z.“ ab, die einiges von der „letzten Send“ der Regierung meldet. Der „Vorwärts“ unterschlägt aber, was dasselbe Blatt vom juristischen Standpunkt zu den Vorgängen in Weimar sagt. Die „F. Z.“ erinnert an die Hungerstreik, die in England von politischen Gefangenen geführt worden sind, und führt dazu folgenden aus:

Es ist klar, daß die freie Presse Verweigerung des Östlings einen Verfassungsverstoß gegen die Rechtsgewalt darstellt und niemals einen Anspruch auf Distanzierung herbeiführen kann. Gabe man jedem Hungerstreiker ohne weiteres nach, so würde der Hungerstreik sofort das Mittel aller Verbrecher, und jede Justiz würde sofort aufhören. Umgekehrt will und darf man aber auch nicht jeden Gefängnisinhaber direkt mit dem Tode strafen. In England hat man sich praktisch so, daß man den Gefängnis, der langsam blieb, entließ, sobald sein Gesundheitszustand lebensgefährlich zu werden drohte, aber ohne den Distanzverstoß gegen ihn aufzuheben. Sobald der Gefängnis in Freiheit wieder erhielt hatte, wurde er abermals in Haft genommen.

Also selbst dieses bürgerliche Blatt kommt aus juristischen Gründen, nicht einmal aus politischen oder menschlichen, zu der Folgerung, daß die Hungerstreikenden wenigstens vorübergehend zu entlassen sind, sobald ihr Gesundheitszustand lebensgefährlich zu werden droht. Der „Vorwärts“ dagegen fordert die Regierung auf, die „Handvoll politischer Schutzhaftgefangener“ einfach verhungern zu lassen. Was bedeutet dem „Vorwärts“ und seinen Kumpanen auch diese Schutzhaftgefangenen? Es sind ja nur Arbeiter, es sind ja nur „Unabhängige“ oder „Sozialisten“! Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit, daß der „Vorwärts“ und die Rechtssozialisten überhaupt, vor ganz kurzem noch ganz anders über Demokratie, Gerechtigkeit und ähn-

aus die Unerschreiblichkeit des Friedensvertrages soll davon geteilt werden, daß das kapitalistische Bürgertum in Gemeinschaft mit den Rechtssozialisten nicht dazwischen billigen wollte, daß Wilhelm II. und die anderen Kriegsschuldigen der Entente ausgeliefert werden sollten. Um der „nationalen Ehre“ willen wollte diese Partei damals das ganze Land der Vermittlung durch einen neuen Krieg und dem vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegenführen. Das nannte man damals Gerechtigkeit. Jetzt aber fordert die Gerechtigkeit der Rechtssozialisten, daß man die politischen Gefangenen verbürgern läßt und mit „starker Hand“ gegen alle Arbeiter vorgeht, die ein anderes Empfinden für Gerechtigkeit haben!

Gegen die Verhaftung von Marx.

Uns wird folgende Erklärung zugesandt:

Die Ortsverwaltung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der erneuten Verhaftung des Kollegen Marx vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverband. Sie empfindet diese Maßregel als nicht nur gegen die Parteimitglieder, sondern gegen die Angehörigen der Arbeiterbewegung überhaupt gerichtet. Das übermächtige Unternehmertum will durch Unterdrückung ihrer Führer die Arbeiterbewegung zurückdrängen und unterdrücken. Die Ortsverwaltung erhebt daher gegen diese Maßregel schärfsten Protest. Sie verlangt von der Staatsanwaltschaft eine genaue Darstellung der Gründe für die Verhaftung des Kollegen Marx. Die Besichte der bürgerlichen Presse in dieser Angelegenheit kennzeichnen die Ortsverwaltung als bürgerliche Stimmungsmache.

Die Gewerkschaftskommission wird Stellung nehmen müssen zu den vorerwähnten Verhaftungen von Führern der freigevochten Organisationen.

Ortsgruppe Weimar des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen.

Sitzung des Volksgrates.

Der Volksgrat hielt am 31. Juli 1919 eine Sitzung ab in der insbesondere zu dem jetzt vorzunehmenden Neuaufbau und den Neuwahlen der Arbeiterräte Stellung genommen wurde. Zur Durchführung der hierzu notwendigen Arbeiten, wie der Wahlbestimmungen usw. wurde eine Kommission, bestehend aus den beiden Parteien der U. S. P. und A. P. D. zusammengesetzt. In dieser Kommission ist außerdem die Gewerkschaftskommission durch weitere drei Mitglieder offiziell vertreten.

Infolge der Auflösung der alten Heeresformationen sind die Aufgaben des militärischen Ausschusses des Volksgrates erledigt, dieser hat mit dem heutigen Tage seine Tätigkeit eingestellt. Ein militärischer Ausschuss existiert nicht mehr. Der von dem gelben Volksgrat ins Leben gerufene militärische Ausschuss ist als eine gelbe Schöpfung zu betrachten.

Nach wiederholten eingelaufenen Beschwerden nahm der Volksgrat Entschluß zu den immer mehr in einzelnen Betrieben bestehenden Unzufriedenheiten, die entstehen, wenn Arbeiter und Angestellte doppelte Einnahmen haben, in Folge einer Lebensveränderung in eigenem Betriebe oder Geschäft. Die Arbeiterräte werden ersucht, darauf hinzuwirken, daß die geringe Arbeitsmöglichkeit nicht noch weiter durch solcher Spolierung beeinträchtigt wird.

Ein Weisbuch.

Weimar, 31. Juli.

Ein Weisbuch über die Vorgesichte des Waffenstillstandes ist heute in Weimar durch die Regierung zur Ausgabe gelangt. Das Weisbuch enthält alle Aktenstücke aus der Zeit vom 14. August bis 11. November 1918, soweit sie sich auf das Friedensangebot vom 8. Oktober und auf das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November beziehen.

Das Weisbuch gibt die Beratungen und Verhandlungen wieder, die zwischen der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung stattgefunden haben, nachdem man auf Grund der militärischen Umkehrungen im Juli und August 1918 zu dem Entschluß gekommen war, daß der Feind trotz der gewaltigen Leistungen der deutschen Heere durch einen Sieg nicht mehr zum Frieden genötigt werden konnte.

Neber die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete findet am 1. August in Berlin eine Beratung der beteiligten Behörden statt. Die Entente hat in einer Reihe von wesentlichen Punkten dem deutschen Standpunkt Rechnung getragen, die Verhandlungen über andere Punkte sollen in der nächsten Woche wieder aufgenommen werden.

Der funktentelegraphische Verkehr nach den Vereinigten Staaten von Amerika ist wieder aufgenommen worden. Die Vorgesichte beträgt jetzt mindestens 3,60 Pf. für das Wort. Wenn der Mark-Kurs sich bessern sollte, sollen die Gebühren entsprechend herabgesetzt werden.

Die Arbeiten zum Bau neuer Verkehrswege in Ostpreußen, wie des maritimen Schiffsverkehrs, sollen nach einer offiziellen Mitteilung nicht einstellt, sondern planmäßig weitergeführt werden. Nur der Mangel an Baustoffen und Arbeitskräften sowie die hohen Preise hätten die Arbeiten bisher gehemmt.

Die Frühharstfelernte. Offiziell wird mitgeteilt, daß entgegen einer Vätermeldung an eine Freilagerung der Kartoffeln nicht zu denken sei. Bisher konnten nennenswerte Vorräte nicht durchgeföhrt werden, weil die Ernte noch nicht in vollem Umfang eingelegt habe. Ueberflüsse seien nirgends vorhanden.

Ledebour

vor den Geschworenen

41. bis 50. Tausend
gelangt heute zur Ausgabe

Preis 75 Pfennig

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin NW 9
Abteilung Buchhandel, Schlegelbauerdamm 19

Die französischen Sozialisten und der Frieden von Versailles.

Die Tagung des Nationalrates der französischen sozialistischen Partei am 14. und 15. Juli war von enormer Bedeutung für die sozialistische Internationale. Beschlossen wurde auf ihm unsere französischen Genossen mit einer Mehrheit von 1420 gegen nur 54 Stimmen bei 501 Stimmenthaltungen die Ratifizierung des Friedensvertrages von Versailles abzulehnen. Dieser Beschluß fand seine ausführliche Begründung in einer von Daniel Renoult eingebrachten und zur Annahme gelangten Tagesordnung, die die Stellungnahme der französischen Sozialisten zu den einzelnen Bestimmungen des Vertrages ausführlich darlegte. Dies Dokument ist von außerordentlicher Bedeutung, und zwar nicht nur seines historischen Wertes wegen, sondern vor allem deshalb, weil es in grundlegendender Weise das Verhältnis der französischen Sozialisten zu den deutschen Sozialisten, und allen Fällungsversuchen der rechtssozialistischen Presse zum Troz den grundsätzlichen sozialistischen Standpunkt der französischen Partei in der Friedensfrage zum Ausdruck bringt. Wir geben die Tagesordnung Renoult daher im folgenden in ihrem Wortlaut wieder:

Im Augenblick, da die bürgerliche Regierung versucht, die öffentliche Meinung zu betäuben und zu verwirren, um sie die Million hunderttausend Toten vergessen zu machen, und um die Bürger zu hindern, über die Verantwortung für den Krieg und über die Friedensbedingungen ein vernünftiges und überlegtes Urteil sich zu bilden, hat die sozialistische Partei die Pflicht, ihre Ansicht über den Vertrag von Versailles mit der größtmöglichen Klarheit zu formulieren.

Die Unfähigkeit einer kurzlebigen Politik könnte ihr den Mut geben, sich einer List zu bedienen, und zu einer zweideutigen Erklärung ihre Zuflucht zu nehmen.

Aber die Rolle der sozialistischen Partei, die völlig entgegensteht derjenigen der bürgerlichen Parteien, die nur das eine Ziel haben, auf alle mögliche Weise sich die Volksstimme zu erziehen, ist es, jedes politische oder wirtschaftliche Ereignis im Lichte ihrer Prinzipien zu prüfen und sich immer von der durch die Bourgeoisie getäuschten Menge auf die Arbeiterklasse zu berufen, die endlich durch die Idee des Sozialismus erleuchtet und ihrer selbst bewußt geworden ist.

Es geschieht also in Übereinstimmung mit ihren unumwandelbaren Prinzipien, mit ihrer zur Wahrheit gewordenen Lehre, daß die sozialistische Partei vor dem ganzen französischen Volk und vor der ganzen Internationale den Friedensvertrag von Versailles verdammt und sich von ihm abwendet.

Dieser Vertrag, der entstanden ist, durch den skandalösen Mißbrauch, den die Geheimdiplomatie jemals getrieben hat, der ganz offen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker verleiht, der ganze Nationen in rechtliche Sklaverei überführt, der über all neue Kriegsgefahren herbeiführt, der schließlich von Gewaltmaßnahmen gegen alle freiheitlichen Bewegungen begleitet ist — nicht nur in Rußland und Ungarn, sondern in allen Ländern der alten habsburgischen Monarchie, im ganzen Orient und in Deutschland — dieser Vertrag kann in seinem einzigen Absichte die Zustimmung eines Sozialisten bekommen.

Der Vertrag widerspricht außerdem den wahren Interessen Frankreichs. Denn er ist ihm überall schädlich und Konflikte aller möglichen Art und gerade durch das Bedenken der den besiegten Ländern auferlegten Lasten wird er besonders auch um die Wiederherstellung bringen, auf welche es ein Recht hätte.

Territoriale Fragen.

Die sozialistische Partei brandmarkt als eine der heftigsten Unternehmungen der Tyrannei in der ganzen Geschichte das Attentat, welches durch die vier Säulen der kapitalistischen Staaten gegen das Völkerrecht begangen ist, indem jene in gewisse Beschlüsse außerhalb jeder Kontrolle durch Volksernennungen willkürlich über ungeheure Völkerveränderungen verfügten haben.

Die Partei beklagt zur Ehre des französischen Volkes, daß gerade aus solchen Verbrechen sich die eine Wiedergutmachung heraushebt, welche dem französischen Staat die beiden Provinzen wieder gibt, die ihm im Jahre 1871 durch den preussischen Imperialismus entzogen worden sind. Mit dieser Angelegenheit die Partei die ehre Stützung der sozialistischen Bewegungen von Elzas-Lothringen, die zu gleicher Zeit, da sie die von der Bevölkerung ihrer Länder empfundene Freude kennen, wieder hergestellt zu werden, gleichzeitig gegen die Ungerechtigkeiten protestieren, die der Vertrag gegen das deutsche Volk enthält.

Wenig wie im Jahre 1871 die deutschen Sozialisten und der Rat der Internationale gegen die Umverteilung Elzas-Lothringens in das deutsche Kaiserreich protestiert haben, ebenso müssen heute die französischen sozialistische Partei und die Internationale gegen die verheerliche Annexion des Saarbeckens, gegen die Aufteilung des deutschen Kolonialreiches unter die Alliierten, gegen die offenkundige Verletzung des Völkerrechtes in Preußen Ostpreußen protestieren.

Obwohl es abzuwarten, daß die Eingestanden der Sozialisten bekannt werden, welche Deutschland, jenseits von den alten Grenzen der Österreich-ungarischen Monarchie geschaffenen neuen Staaten, welche Bulgarien und die Türkei anerkannt worden, ohne letztere erst abzuwarten, und die territorialen Pläne enthält, welche den Kriegskrieg der kapitalistischen Führer der Entente gegen die russische Revolution begleitet, kann die französische sozialistische Partei schon jetzt behaupten, daß das Recht überall verleiht ist, daß die Sieger über Völker bestimmen, gleich als wenn sie Herren wären, und sie muß gegen die Gesamtheit dieses Werkes, ganz gleich, ob es bereits fertig oder erst von der alliierten Konferenz angefangen ist, das schärfste Besatzungsurteil aussprechen.

Die Partei muß ferner den Völkern die Gefahren aller Art vor Augen führen und die Kriegsbedrohungen, welche dieses Bündnis herbeizubringen werden.

Mit Recht und mit der richtigen Hoffnung, in den feindlichen Staaten Unruhe hervorzurufen, haben die alliierten Regierungen sich zwar auf das prinzipielle Recht der Nationalitäten

berufen. Aber anstatt eine lokale Anwendung des Völkerrechtes zu versuchen, haben die Sieger ihm fast überall die Gewalt entgegengepflegt, besonders in den Ländern — wie in Ungarn — die Forderungen des Rechts von einer Bewegung begleitet waren, welche auf die lokale Emanzipation hingewirte. So haben sie schließlich ganz Europa in eine Situation der Unbeständigkeit und der Rivalität geführt, welche bisher nur auf dem Balkan bekannt war, und welche die eigentliche Ursache des Weltkrieges gewesen ist.

Die sozialistische Partei hat die Pflicht, wie sie es auf ihren letzten Pariser Tagen getan hat, das französische Volk deutlich auf die gefährlichen Illusionen hinzuweisen, welche in dieser Hinsicht aufgestellt wurden, und zu erklären, daß man unmöglich glauben könne, daß das kapitalistische Regime — das die vornehmlichsten Rechte der menschlichen Persönlichkeit verleiht — jemals die Rechte nationaler Gemeinschaften wachhalt respektieren könne. Allet, so hat die Partei es ausgesprochen und unterstützt von dem Tag an oft wiederholt, allein die Herbeiführung des internationalen Sozialismus, die jede Injustiz zur Gewalt unterwerft, kann jeder Volksgesundheit ihre freie Entwicklung zusichern.

Der Völkerbund.

Die sozialistische Partei muß ferner daran erinnern, daß sie in denselben Beschlüssen und aus analogen Beweggründen dargelegt hat, daß die Schaffung eines wahren Völkerbundes unter einem kapitalistischen Regime unmöglich ist.

Die Idee, den Frieden auszugeben, aus ihm für die kapitalistischen Klassen der siegreichen Staaten den höchstmöglichen Profit herauszugiehen, muß sich notwendigerweise den Führern dieser Staaten, die von der maßgebenden Klasse abhängig sind, aufzwingen. Ebenso werden die Regierenden durch die Gewalt der Tatsachen gezwungen, den Sieg auszugeben, um die Herrschaft ihrer Klasse zu befestigen, und infolgedessen davon ihren Augen zu schließen, um zu versuchen, die Revolution der Arbeiter und der Bauern zu verhindern.

Das ist der Doppelcharakter, der sich hier in dem Völkerbunde der Entente zeigt, ein zweifaches kapitalistischer und konterrevolutionärer Charakter.

Dieser Bund, dessen erste die Laten von einer Verletzung des Rechts begleitet sind, dessen Opfer selbst zahlreiche Staaten der Alliierten sind, wie z. B. die chinesische Republik, die auf Kosten Japans ihrer Provinz Schantung beraubt wird, der die skandalöse Teilung der deutschen Kolonien zu verdecken sucht, der sich bemüht, die englische Herrschaft über das ägyptische Volk anzuerkennen und der, wie ehemals die heilige Allianz gegen die Völker, welche ihre vollkommene Freiheit sich zu verschaffen suchten, die hoffnungslosesten gegenrevolutionären Unternehmungen ins Werk setzt, dieser Bund ist nichts anderes als die Realisation des Völkerbundes, der während des Krieges dem französischen Volk versprochen wurde, um seine Kriegslast aufrecht zu erhalten.

Die sozialistische Partei verurteilt die Waise von dieser Scheinheiligkeit herunter und enthält die Gefahr, sie konstatiert außerdem, daß entgegen den feierlichen Versprechungen der eröfnete Fall des Völkerbundes nicht die geringste ernsthafte Herabsetzung der Rüstungen bringt. Sie weist das französische Volk darauf hin, daß in Ausführung der Bedingungen des Vertrages und der dargelegten militärischen Befehle gerade Frankreich es sei, das am meisten unter den Nachwirkungen des Krieges zu leiden und daß es in dieser Hinsicht die erdrückendsten Lasten zu tragen haben werde. Dort, wie anderwärts, vernachlässigen sich die hohen menschlichen Interessen des Sozialismus mit dem unmittelbaren nationalen Interesse.

Finanzielle und wirtschaftliche Fragen.

Die französische sozialistische Partei stellt in den wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Vertrages dieselbe Verletzung der Interessen Frankreichs gleichzeitig mit denen der allgemeinen Grundzüge der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit fest.

Die Partei erklärt von neuem, daß das deutsche Volk, wie groß auch immer sein Verstum gewesen sein mag, nicht verantwortlich ist für das Verbrechen seiner ehemaligen Herrscher, ebenso wenig verantwortlich, wie es das französische Volk ist für die Verbrechen seiner nationalsozialistischen Führer, der Organisatoren der marshallischen Eroberungen — deren unheilvolle Folgen für den Weltfrieden Jaurès so oft vorhergesagt hat — und der Millionenparten Werkzeug des Sozialismus in dem internationalen Konflikt.

Die Partei wiederholt, daß die französische Republik der deutschen Republik einen ehrenhaften und gerechten Frieden schuldet.

Dieser Friede wäre der beste Garantie für die von der Bevölkerung der besiegten Gebiete gelebte Wiederherstellung gewesen, der Bevölkerung, deren durch die Ineffizienz der Regierung noch weit gesteigerte Leiden die sozialistische Partei voll empfindet.

Zum Nachteil dieser Bevölkerung und zum Nachteil der Opfer die einer unmittelbaren Hilfe am dringendsten bedürfen, läßt es aus, daß eine von einem ebenso opportunisten wie unbedingten Nationalismus geleitete Regierung das Unrecht begibt, die Hilfe dieser Bevölkerungen bis zum Absurdität zu treiben.

Die Begünstigung der Wiederherstellung auf die durch den Krieg verursachten materiellen Schäden war die Bedingung für eine rasche und wirksame Hilfe für die am schwersten heimgesucht Bevölkerung. Indem man die Forderungen an Deutschland ohne jedes Maß beschneidet, hat man in der besagten Bevölkerung Weise den Krieg vermindert, den Frieden nicht wieder erhalten kann.

Die sozialistische Partei lehnt dem falschen Patriotismus der bürgerlichen Führer die folgende Verantwortung, die sie übernommen haben.

Was die wirtschaftliche Regelung anbetrifft, so stellt die Partei fest, daß der Geist der Knospe und des Kampfes für den Profit — die kapitalistische Staatsräuber der Alliierten angeleitet hat. Die Partei erklärt, daß die kapitalistische Klasse sich anschließt, in Europa, in den Ländern des Orients und in den Kolonien die Hauptrolle in Beziehung zu nehmen, die den Angehörigen der besiegten Nationen aber den besiegten Staaten selbst entziehen werden sind.

Auf diese Weise wird Deutschland nicht nur nicht alle Kriegskosten bezahlen, wie man es mit unzähligen Lügen angekündigt hat, sondern das arbeitende Volk Frankreich, das durch seine letzten Opfer erschöpft und durch seinen materiellen Niedergang zu Boden gebracht ist, wird sich bald einer verheerenden finanziellen Situation gegenübersehen.

Der Friedensvertrag und der Sozialismus.

Aus diesen Gründen verurteilt die französische sozialistische Partei den Friedensvertrag und gibt ihren Vertretern in der Kammer den ausdrücklichen Auftrag, gegen den Vertrag zu stimmen.

Die Partei erklärt, daß dieser ungerechte wirkungslose Vertrag keinesfalls endgültig sein kann, ebenso wenig wie der Frieden, den dieser Vertrag, der unter Verletzung des Rechts der Völker und durch gegenrevolutionäre Gewalt zustande gekommen ist, nicht von Dauer sein wird.

Die Partei versichert vor dem Lande, vor der Internationale und vor der Geschichte, daß der Vertrag von Versailles nicht nur einer teilweisen Revision bedarf, zu welcher übrigens die Partei eintritt, sondern auch einer totalen Umänderung.

Dieser Vertrag ist das Werk der kapitalistischen Klasse. Die Arbeiterklasse aber muß den Vertrag zerbrechen, um an seine Stelle das große Werk des Völkerfriedens zu setzen.

Die sozialistische Partei Frankreichs antwortet auf den Ruf der wahrhaften deutschen Sozialdemokraten, der Sozialdemokraten, die gegen den triumphierenden Kaiser ihren heldenhaften Protest haben erheben lassen. Ebenso wie sie erklärt, die französische sozialistische Partei, daß das Werk der Gerechtigkeit erst dann vollkommen erfüllt werden kann, wenn die Arbeiter Frankreichs und Deutschlands zur Macht gelangt sind und sich über die neuen Grenzen hinweg die brüderlichen Hände reichen werden.

Die Partei sendet ihren Gruß allen den Völkern, die den Friedensvertrag von Versailles unterdrückt und die die Liga der kapitalistischen Staaten der Entente bekämpft.

Allen diesen Völkern, welche in verschiedener Weise Opfer dieses Vertrages sind, sendet die Partei den Ausdruck ihrer warmsten Sympathie. Den Revolutionären Ungarns und Rußlands, dessen Siege über die von der Entente besiegten aber gebundenen Horden sie begrüßt, erneuert sie die Versicherung ihrer Solidarität.

Die Partei sendet ihren Gruß allen den Völkern, die den hergestellten und in ihrer Kraft wieder hergestellenden Internationale ohne Jagen gemäß den Kampfbedingungen, die die Ereignisse zulassen werden, den revolutionären Kampf führen gegen die kapitalistische Gesellschaft, welche durch das Verbrechen des Krieges zum Tode verdammt ist.

Verhandlung der Delegierten.

Köln, den 20. Juli.

2. Verhandlungstag.

Der zweite Tag brachte die Fortsetzung der Diskussion zum Geschäftsbericht, in der zunächst Kaspar, Berlin, die Kriegspolitik der Generalkommission und den „Siegeswillen“ des Bundesvorsitzenden scharf geißelte. Womöglich jetzt sollten die Führer zur Befähigung kommen, und den für die Arbeiterklasse verheerlichen Weg verlassen. Kollegin Verba Thiel, Leipzig betonte, daß die Gewerkschaftsführer im August 1914 ihnen wahreren Charakter gezeigt hätten. Der Burgfriede war der Streik für jegliche Lohnbewegung, an die Frauen hatte man sich durch Aufhebung der Schulpflichtungen besonders beschäftigt. Wir brauchen den einhelligen Kampflauf auf internationaler Grundlage. Kollegin Lucie Krzymin, Berlin greift den Bundesvorsitzenden seiner selbstherrlichen Handlungen wegen an. Hölzel, Berlin will die Politik nicht in die Gewerkschaft getrieben wissen, und wendet sich darum gegen die Resolution der Opposition. Es ist als Vertreter der Generalkommission führte an: Für das Disziplinierung sei er der Reichstagsfraktion dankbar. Ein Mist sei es, daß nicht schon nach 4 Monaten der Krieg beendet wurde. Sonst hätten wir eine Amnestieentscheidung wie nie zuvor. Glauben wir die wirtschaftliche Revolution durch, so können wir in enge Verlegenheit (ökonomische Notlage) von beiden Richtungen). Wir müssen uns mit den Vorkämpfern des Gewerkschaftskampfes abgeben, wenn wir ernst genommen werden wollen. Entschließen wir uns für die Resolution der Ainer, so bedeutet das eine Spaltung der Gewerkschaft. Frau München ist der Meinung, daß die Politik aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgehen muß, weil sich bei Richtungen gegenüberstellen. Frau München, Berlin will das Recht hin, daß die politischen Auseinandersetzungen nicht zu verstanden sein. Weiter sprach für die Opposition Waidach, Stuttgart, Klein, Necht, Heilbronn, Müller, und Thielheim, Leipzig, Helene Haase, Würzburg betonte, daß es gerade für die Arbeiterparteien von hohem Wert sei, wenn die Gewerkschaften wieder im Stand des Kampfes umgestellt wird. Die Befreiung des Sozialismus kann nur durch die Beseitigung des Sozialismus erfolgen (Kampf). Darauf wurde die Diskussion geschlossen und die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Gewerkschaftliches.

Die Stellung der Arbeitlosen zum Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Während Paul Besuche Arbeitlosenversammlungen besucht hat, gehen mit dem Problem des Wiederaufbaus in Nordfrankreich, sowie mit der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage vom Standpunkt der Arbeitlosen aus. Nach lebhafter Diskussion wurde einstimmig eine Erklärung von etwa folgendem Inhalt abgegeben:

Es ist den Arbeitlosen nicht unbekannt, daß, seitdem sich die Regierung zur Beteiligung am Wiederaufbau verpflichtet hat, ein gewisser Teil von Unternehmern unter dem Deckmantel der bereitwilligen Hilfe den Moment auszunutzen will, um ein neues Ausbeutungsgesetz in die Hände zu bekommen. Die Arbeitlosen werden sich entschieden dagegen, daß dieses Unternehmen den Kapitalisten Überlassen wird, und werden sich durch kein Mittel zum Ausbeutungszweck weihen lassen. Einem Rufe zur Widerarbeit kann von den Arbeitlosen nur gefolgt werden, wenn folgende fünf Forderungen erfüllt werden:

1. Volle Anerkennung der Arbeiterräte der Arbeitlosen als die wirtschaftlichen und politischen Vertreter derselben.
2. Alle Lebensfragen wirtschaftlicher sowie politischer Natur sind in besonderen Kommissionen zu erledigen unter Beteiligung der Arbeiterräte der Arbeitlosen.
3. Aufnahme von Verhandlungen mit dem Protektorat in Belgien, Spanien und den Niederlanden.

